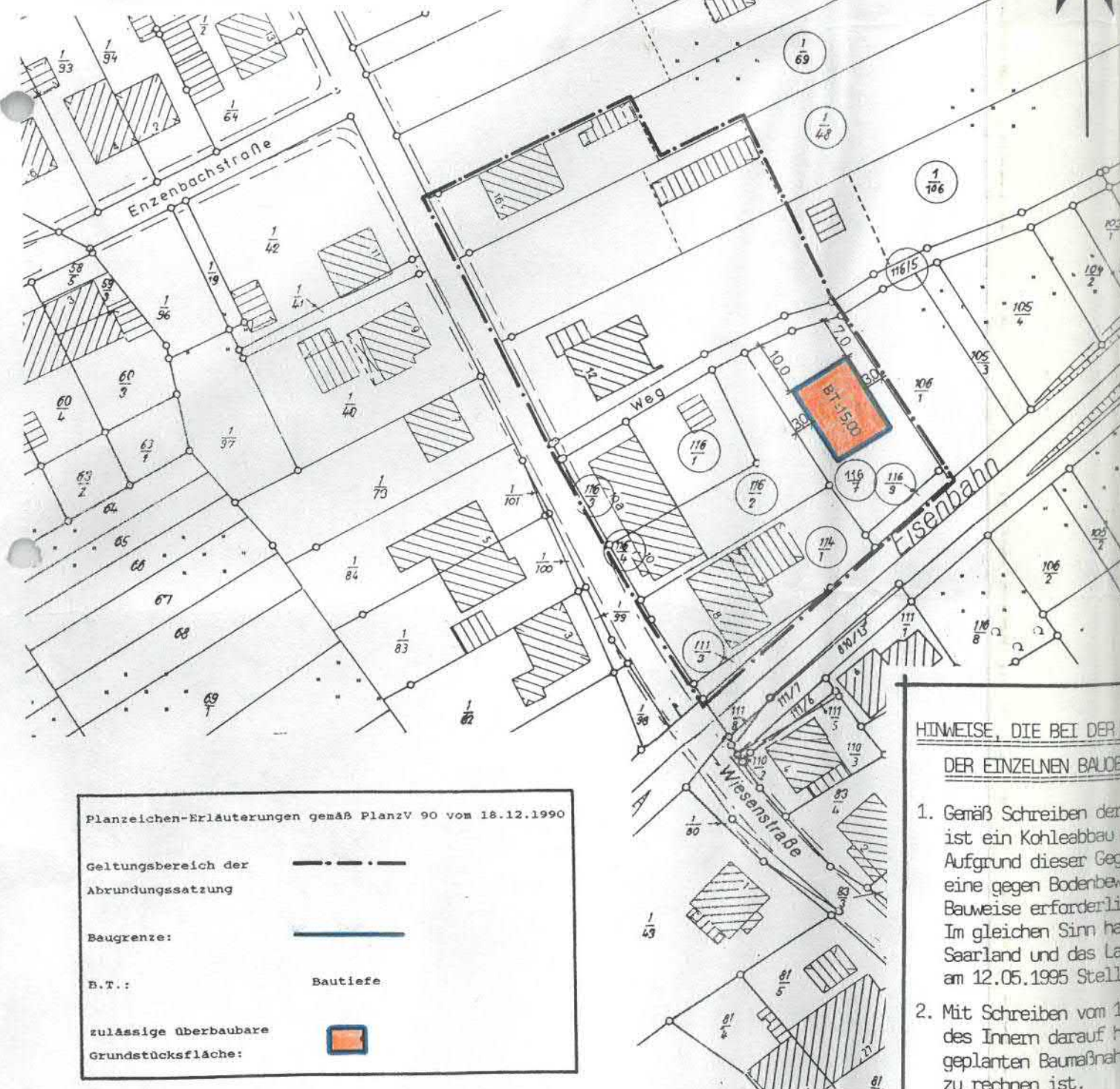


LAGEPLAN

Gemeinde : NALBACH
 Gemarkung: BILSDORF
 Flur : 05
 Maßstab : 1:1000



Die Bekanntmachung der Satzung
 gemäß § 34 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
 erfolgte am 12.04.1996 im
 Amtlichen Bekanntmachungsblatt der
 Gemeinde Nalbach

den 19.04.1996

Bürgermeister
 (Adam)

über die Festsetzung der Grenzen der im Zusammenhang
 bebauten Ortslage in der Gemeinde Nalbach, Gemeindebezirk
 Bilsdorf "Wiesenstraße"

Auf Grund des § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in
 Verbindung mit § 4 Abs. 2a Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch
 (BauGB-MaßnahmenG) sowie nach § 12 des Kommunalselfst-
 Verwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung
 vom 18. April 1989 (Amtsblatt Seite 557) hat der Gemeinderat
 Nalbach am 14.12.1995 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Grenzen für die im Zusammenhang bebaute Ortslage
 "Wiesenstraße" werden wie folgt festgelegt:

Einbezogen in diese Satzung werden Teilflächen aus den
 Flurstücken 1/69, 1/48, 116/5, (1/66 ganz u. 1/65) jetzt
 1/106 sowie die Gesamtflächen der Flurstücke 116/3, 116/1,
 116/4, 116/2, 116/7, 116/9, 111/3 und 114/1 alle gelegen in
 Flur 5 der Gemarkung Bilsdorf.

§ 2

Bestandteil dieser Satzung ist der dazugehörige Lageplan
 M 1:1000, in dem die in Frage kommenden Flurstücke
 gekennzeichnet und durch den Geltungsbereich der Satzung
 abgegrenzt sind.

§ 3

Die Satzung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in
 Kraft.

Nalbach, den 17.01.1996.....
 Der Bürgermeister



(Adam)

HINWEISE, DIE BEI DER PLANUNG UND BAUAUSFÜHRUNG DER EINZELNEN BAUOBJEKTE ZU BEACHTEN SIND

1. Gemäß Schreiben der Saarbergwerke vom 30.05.1995
 ist ein Kohleabbau nach 2005 vorgesehen.
 Aufgrund dieser Gegebenheit halten die Saarbergwerke
 eine gegen Bodenbewegungen wenig empfindliche
 Bauweise erforderlich.
 Im gleichen Sinn hat das Oberbergamt für das
 Saarland und das Land Rheinland-Pfalz
 am 12.05.1995 Stellung genommen.
2. Mit Schreiben vom 19.05.1995 hat das Ministerium
 des Innern darauf hingewiesen, daß im Bereich der
 geplanten Baumaßnahme mit Fundmunition
 zu rechnen ist.

Gegen vorstehende Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1
 Baugesetzbuch - BauGB - vom 8. 12. 1986 (BGBl. I
 S. 2253) werden Rechtsverstöße nicht geltend ge-
 macht.
 (§ 34 Abs. 5 Satz 2 i.V. mit § 11 Abs. 3 BauGB)

Saarbrücken, den 26. MRZ. 1996 Az.: C/1-5/14/96 Lm/20

SAARLAND

Ministerium für Umwelt,
 Energie und Verkehr
 Postfach 10 24 61
 66024 Saarbrücken

(Lamsfuß)